



Kronberg für die Bürger

KfB - Kronberg für die Bürger, Dr. Heide-Margaret Esen-Baur,
Friedrichstr. 92, 61476 Kronberg

Stadtverordnetenvorsteherin
Blanka Haselmann
Rathaus
61476 Kronberg

Kommunale Wählergemeinschaft
'KfB - Kronberg für die Bürger'
Fraktion der KfB in der
Stadtverordneten-Versammlung
Kronberg im Taunus

Dr. Heide-Margaret Esen-Baur
Friedrichstraße 92
61476 Kronberg

Andreas Neumann
Ringstraße 5
61476 Kronberg

Internet: <http://www.kfb-kronberg.de>

e-Mail: fraktion@kfb-kronberg.de

Kronberg, den 9.6.2009

Anfrage der KfB- Fraktion **betr. Stand der Überlegungen/ Gespräche 'Interkommunale Zusammenarbeit'**

Sehr geehrte Frau Haselmann,
bitte leiten Sie folgende Anfrage zur Beantwortung an den Magistrat weiter.

In den Beratungen des ersten doppischen Haushalts der Stadt Kronberg wurde im Herbst 2008 unter anderem ein Schwerpunkt auf künftige verstärkte Nutzung der interkommunalen Zusammenarbeit gesetzt.

Auch die Hessische Landesregierung unterstützt und fördert mit verschiedenen Maßnahmen (darunter finanzielle Zuwendungen) die Absicht von Kommunen, interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden einzugehen und begründet diese Initiative mit folgenden Überlegungen:

„Unterschiedliche Faktoren wie die demographische Entwicklung, die knapper werdenden finanziellen Mittel, die europäische Integration, die Globalisierung der Weltmärkte und die fortschreitende Technologisierung erschweren in zunehmendem Maße die kommunale Handlungsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund gewinnt die seit langem in vielen Tätigkeitsfeldern praktizierte Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) zusätzlich an Bedeutung.

Durch eine verstärkte freiwillige Zusammenarbeit können Kommunen bis zu 30 000 Einwohner dem wachsenden Wettbewerbsdruck und den steigenden Handlungsanforderungen in neuen Bezugsräumen wirksam begegnen.“

1. Welche möglichen Schwerpunkte (z.B. Standesamt, Meldeamt, Ordnungsamt, Kassenwesens) haben Magistrat und Verwaltung zwischenzeitlich mit welchem Ergebnis untersucht?

2. Mit welchen Nachbargemeinden wurden diesbezüglich bereits Vorgespräche geführt bzw. für welchen Zeitraum sind diese vorgesehen?

Der Magistrat wird gebeten, die Anfrage möglichst rechtzeitig zu den Beratungen des Haushalts 2010 zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Heide-Margaret Esen-Baur
Fraktionsvorsitzende

Rainer Schmidt
Fraktionsgeschäftsführer

Bankverbindung:

KfB - Kronberg für die Bürger, Konto 55008809, BLZ 512 500 00, Taunussparkasse

Der Magistrat

Bearbeiter/in Andreas Feldmann
Amt Haupt- und Personalamt
Telefon 06173 / 703-1100
Telefax 06173 / 703-1908
e-mail a.feldmann@kronberg.de

Fraktion KfB

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unser Zeichen 10.L
Datum 7. Juli 2009

Verwaltungsgebäude Rathaus
Straße Katharinenstraße 7
Telefon 06173 / 703-0
Telefax 06173 / 703-200
e-mail rathaus@kronberg.de
Internet www.kronberg.de

> Interkommunale Zusammenarbeit Ihre Anfrage A-047 vom 09.06.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt ist, wird die Stadtverwaltung Kronberg im Taunus derzeit über das Projekt „**ReOrganisation 2010**“ einer organisatorischen Prüfung und Bewertung unterzogen. Ziel des Projektes ist die Schaffung einer zeitgemäßen Verwaltungsstruktur (Bildung von Fachbereichen, Budgetverantwortung, Produktorientierung etc.) zum II. Quartal 2010. Im Rahmen des Projektes werden auch Optionen für eine interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Kommunen oder dem Hochtaunuskreis geprüft. Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Lediglich die Aufgaben der Vollstreckung wurden am 01.07.2009 von dem heutigen Amt für Finanzen zum Hochtaunuskreis verlagert.

Unabhängig hiervon hat der Unterzeichner in den letzten Monaten Gespräche mit den Bürgermeistern von Oberursel, Königstein, Schmitten und Glashütten geführt. Diese haben ihre generelle Bereitschaft signalisiert, Kooperationen zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus E. Temmen
Bürgermeister

Hinweise:

*Auf Beschluss des Magistrats vom 06.12.2004 soll den Antragstellerinnen und Antragstellern mitgeteilt werden, welcher zeitliche Aufwand zur Beantwortung der Anfrage erforderlich war und welche Kosten dabei entstanden sind.
Die Beantwortung Ihrer Anfrage dauerte ca. 30 Minuten und verursachte Personal- und Sachkosten von 32 €.*

Gemäß § 17 Absatz 3 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung erhalten alle Stadtverordneten Ihre Anfrage sowie einen Abdruck dieses Schreibens.